

## Statt Rot-Grün nun GroKo die Dritte: eine Analyse der Bundestagswahl 2013

*Oskar Niedermayer*

### **Zusammenfassung**

Der Beitrag skizziert zunächst kurz die Entwicklung von der Bundestagswahl 2009 bis zum Wahljahr 2013. Danach werden die wesentlichen Erklärungsfaktoren des Wahlverhaltens dargestellt und das Wahlergebnis anhand dieser Faktoren analysiert. Dabei wird deutlich, dass der Wahlsieg der Union sich – auf der Grundlage eines längerfristigen Mobilisierungsvorteils – durch die Konzentration auf die in der Bevölkerung sehr gut beurteilte Kanzlerin und einen auf den Markenkern der Union ausgerichteten Wahlkampf erklären lässt, der auf der Basis guter ökonomischer Grundlagen das Bedürfnis der Wähler nach einem „weiter so“ bediente. Die SPD hatte dem wenig entgegenzusetzen. Ihr Spitzenkandidat brachte sich durch eigene Fehler in Bedrängnis, der Kandidat passte nicht so richtig zum Programm und die inhaltliche Strategie trug nur begrenzt Früchte. Die FDP geriet schon kurz nach der Wahl von 2009 in schwere personelle und inhaltliche Schwierigkeiten und konnte diese Probleme im Wahlkampf nicht durch eine bei den Wählern positiv beurteilte neue Spitzenmannschaft sowie durch überzeugende inhaltliche Angebote auffangen. Die Grünen verspielten ihre Chance, sich als klare dritte Kraft im Parteiensystem zu etablieren, durch eine falsche Strategie zur Erweiterung ihres Markenkerns und weitere inhaltliche Kampagnenfehler und die Linkspartei konnte durch einen konsequent an der eigenen Stammklientel ausgerichteten Wahlkampf ihre durch die vorherigen innerparteilichen Streitigkeiten verschuldeten Probleme in Grenzen halten. Zum Abschluss werden die Möglichkeiten und Probleme zukünftiger Machtperspektiven der beiden Volksparteien analysiert.



**Prof. Dr. Oskar Niedermayer**

lehrt Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

## 1. Die Ausgangslage

Die Ausgangslage nach der Bundestagswahl von 2009 war für die beiden Volksparteien zunächst denkbar schlecht: Die Union hatte mit 33,8 Prozent das zweitschlechteste und die SPD mit 23,0 Prozent das schlechteste Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielt. Die immer schlechtere Beurteilung der durch interne Streitigkeiten geprägten Arbeit der neu gebildeten schwarz-gelben Bundesregierung durch die Bevölkerung schien eine Fortführung des negativen Trends zu signalisieren. Allerdings traf die negative Bewertung vor allem die FDP, die von den Bürgern für die Zerstrittenheit der Regierung verantwortlich gemacht wurde. Die Union hingegen konnte ihre Wählerunterstützung etwas über ihrem Bundestagswahlergebnis stabilisieren. Sie erhielt erst nach der Wahlniederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 einen empfindlichen Dämpfer, der mit der heftigen öffentlichen Diskussion über die Vernachlässigung des konservativen Profils der CDU durch den Modernisierungskurs von Angela Merkel bis zum Herbst anhielt. In den Folgemonaten tat die Kanzlerin alles, um die konservativen Wähler wieder an die Union zu binden, was sich auch positiv in den Umfragen niederschlug. Selbst der Popularitätseinbruch nach der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011 mit der nachfolgenden Energiewende und Wahlniederlage in Baden-Württemberg hielt sich noch in Grenzen. Seit dem Herbst 2012 erfreute sich die Union einer steigenden Wählerunterstützung, die sie seit Beginn des Wahljahrs 2013 auf Werte über 40 Prozent gelangen ließ. Dies war vor allem auch der guten Beurteilung der Kanzlerin Angela Merkel und ihres Eurokrisenmanagements durch die Bürger zuzuschreiben.

Die SPD verharrte nach dem Wahldebakel zunächst einmal in Schockstarre und rutschte in der Wählergunst noch weiter ab. Erst im Laufe des durch den neuen Vorsitzenden Sigmar Gabriel verordneten inhaltlichen Selbstversöhnungs- und Standortfindungsprozesses, der vor allem zu einer (Teil-)Revision der Agenda 2010 führte, zeigte sich die Partei wieder zuversichtlicher und vor allem geschlossener. Einen Beitrag hierzu lieferten auch die Ablösung der CDU/FDP-Regierung durch eine rot-grüne Minderheitsregierung nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010 und der zur SPD-Alleinregierung führende Erdrutschsieg bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2011. Kurz darauf nagte jedoch die Tatsache, nach der Baden-Württemberg-Wahl vom März 2011 in einer Koalitionsregierung mit den Grünen erstmals die Rolle des Juniorpartners spielen zu müssen, an ihrem Selbstbewusstsein. Dennoch konnte sie sich seit Anfang 2010 in der Wählergunst deutlich über ihrem Bundestagswahlergebnis stabilisieren, auch wenn es ihr nur selten gelang, an die Union heranzukommen. Seit Beginn des Wahljahrs 2013 war jedoch ein leichter aber stetiger Trend nach unten zu beobachten.

Die FDP geriet nach ihrem historischen Sieg bei der Bundestagswahl 2009 sehr schnell in eine tiefe Krise. Die Bewertung ihrer Regierungsarbeit durch die Bevölkerung brach dramatisch ein, die Partei verlor zwei Drittel ihres

Wählerpotenzials und musste seit dem Sommer 2010 um ihren Verbleib im Bundestag fürchten. Für diese dramatische Entwicklung waren sowohl inhaltliche als auch personelle Faktoren verantwortlich. Die FDP profilierte sich vor der Bundestagswahl vor allem als Steuersenkungspartei und weckte damit hohe Erwartungen, die sie nach der Wahl nicht erfüllte. Zudem erhielt sie durch die beschlossene Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe wieder das Image der Klientelpartei. Ihr Vorsitzender Guido Westerwelle konnte nach Übernahme des Außenministeriums den ‚Amtsbonus‘ dieser Rolle bei der Beurteilung durch die Bevölkerung nicht für sich nutzen und wurde im Gegenteil immer schlechter bewertet. Dem im Mai 2011 gewählten neuen Vorsitzenden Philipp Rösler gelang es bis zum Wahljahr 2013 nicht, die Partei aus dem Umfragetief herauszuführen.

Auch die Linkspartei geriet nach der Wahl 2009 in einen Abwärtstrend. Führungsprobleme und Flügelkämpfe bescherten ihr Negativschlagzeilen, und sie verlor bis zum Herbst 2011 fast die Hälfte ihres Wählerpotenzials. Im Umfeld ihres Parteitages im Juni 2012 rissen die bestehenden Gräben zwischen Fundamentalisten und Reformern noch weiter auf und sogar eine Parteispaltung wurde nicht mehr ausgeschlossen. Unter ihrer neuen Führung trat die Partei geschlossener auf, konnte aber ihre Umfragewerte bis zum Wahljahr nicht entscheidend verbessern.

Für die Grünen hingegen waren die ersten zwei Jahre nach der Bundestagswahl die erfolgreichste Periode ihrer Geschichte. Sie kletterten vor allem wegen der Konjunktur des zum grünen Identitätskern gehörenden Atomkraft-Themas (Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und Atomkatastrophe in Fukushima) in der Wählergunst auf Werte von 20-25 Prozent und stellten – in Baden-Württemberg – zum ersten Mal einen Ministerpräsidenten. Allerdings verschlechterten sich die Umfragewerte schon seit dem Sommer 2011 wieder und seit Anfang 2012 lag die Partei zwischen 13 und 15 Prozent, womit sie aber immer noch die unangefochtene dritte Kraft im Parteiensystem war.

In der Mitte der Legislaturperiode hatte eine neue Partei Aufmerksamkeit erregt: die Piratenpartei Deutschland. Sie konnte mit ihrem Fokus auf mehr Transparenz und Beteiligung in der Politik vom Herbst 2011 bis zum Frühjahr 2012 in vier Landtage einziehen. Seit Mitte 2012 machte sie jedoch nur noch durch heftige Personalstreitigkeiten auf sich aufmerksam und erfuhr in den Umfragen so wenig Unterstützung, dass ein Einzug in den Bundestag immer unwahrscheinlicher wurde. Dafür tauchte kurz vor der Wahl eine weitere Partei auf, die Alternative für Deutschland, die sich den Wahlberechtigten als Alternative zur – im Bundestag auch von der SPD und den Grünen mitgetragenen – Eurorettungspolitik der Regierung anbot.

## 2. Der Wahlkampf und das Wahlergebnis

Für die Parteien kommt es im Wahlkampf darauf an, zum einen ihre Stammwähler zu mobilisieren und zum anderen bisherige Nichtwähler bzw. potenzielle Wechselwähler zu sich herüberzuziehen. Als Stammwählerschaft werden hier die Wählerinnen und Wähler mit einer starken Parteiidentifikation bezeichnet, d.h. mit einer längerfristigen, auch gefühlsmäßigen starken Bindung an eine Partei, die in aller Regel auch dazu führt, dass die Partei gewählt wird. Diese Bindung wird in der Regel schon während des Heranwachsens erworben, wobei die Stellung des Einzelnen im sozialen Gefüge einer Gesellschaft sowie seine dadurch geprägten Interessen, Wertorientierungen und Normen dabei eine große Rolle spielen. Historisch gesehen, bilden aufgrund der die Entstehung des deutschen Parteiensystems Mitte des 19. Jahrhunderts prägenden gesellschaftlichen Konfliktlinien – des Klassenkonflikts und des Kirche-Staat-Konflikts – die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Kernwählerschaft der SPD und die religiösen, kirchengebundenen Katholiken die Kernwählerschaft zunächst der Zentrumsparterie und danach der CDU und CSU, obwohl beide Parteien als konfessionsübergreifende Parteien gegründet wurden.

In beiden Kerngruppen bestehen die engen Bindungen an die jeweilige Partei bis heute fort, d.h. sie wählen auch heute noch deutlich überdurchschnittlich die jeweilige Partei, die Größe der Gruppen ist jedoch aufgrund des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels sehr stark geschrumpft. Bei der Wahl 2013 gehörten nur noch 6 Prozent der Wähler zur gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die kirchengebundenen Katholiken machen nur noch 5 Prozent der westdeutschen Wählerschaft aus (im Osten der Republik sind die Katholiken insgesamt schon eine sehr kleine Gruppe). Die historischen Konfliktlinien sind mit der Zeit mehr und mehr zu reinen Wertekonflikten geworden und neue Konfliktlinien postindustrieller Gesellschaften sind hinzugekommen. In Deutschland wird der Parteienwettbewerb heutzutage primär durch zwei parteipolitische Konfliktlinien geprägt: den sozio-ökonomischen Sozialstaatskonflikt zwischen marktliberalen und an sozialer Gerechtigkeit orientierten Wertvorstellungen zur Staatsrolle in der Ökonomie und den sozio-kulturellen Konflikt zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Wertesystemen um die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens, in dem auch der Kirche-Staat-Konflikt aufgegangen ist. Die über die Parteiidentifikation definierte Stammwählerschaft der Parteien geht daher über die historisch bedingte Kernwählerschaft hinaus.

Für die Wahlentscheidung der nur schwach oder gar nicht Parteigebundenen, die heutzutage die Mehrheit der Wahlberechtigten stellen, sind zwei kurzfristige, durch den Wahlkampf beeinflussbare Faktoren relevant: die Orientierungen gegenüber dem personellen und inhaltlichen Angebot der Parteien. Beim personellen Angebot kommt es vor allem auf die Spitzenkandidat/innen an, wobei die Bevölkerung das politische Führungspersonal vor allem nach vier Gesichtspunkten beurteilt: Sachkompetenz, Führungsqualitäts-

ten, Glaubwürdigkeit und persönliche Sympathie. Aus diesen Imagekomponenten entsteht eine generelle Bewertung, die bezüglich des Spitzenpersonals der Volksparteien die Kanzler/innenpräferenz prägt, also die/den von den Wahlberechtigten gewünschte/n zukünftige Regierungschef/in.

Bei den Orientierungen gegenüber dem inhaltlichen Angebot geht es vor allem um die Problemlösungskompetenzen, die die Wahlberechtigten den einzelnen Parteien für die wichtigen Sachthemen zuweisen. Um diejenigen Wahlberechtigten zu beeinflussen, deren Wahlentscheidung von den Sachthemen geprägt wird, müssen sich die Parteien vor allem in den zentralen Konfliktlinien positionieren, d.h. die dahinterstehenden Wertvorstellungen durch bestimmte Sachthemen konkretisieren. Zentral ist dabei die Herausstellung des eigenen ‚Markenkerns‘, d.h. der politischen Kernkompetenz, aus der die Partei ihre Identität schöpft und derentwegen sie primär gewählt wird. Der Markenkern aller Parteien außer den Grünen wird durch ihre Positionierung im Sozialstaatskonflikt definiert. Bei der SPD und der Linkspartei ist es die Sozialkompetenz, bei der Union und der FDP die Wirtschaftskompetenz. Der Markenkern der Grünen liegt dagegen in ihrer Umweltkompetenz. Die beiden Volksparteien brauchen zum einen in ihrem Markenkern die Kompetenzführerschaft in der Bevölkerung und zum anderen müssen Sekundärkompetenzen in anderen Politikbereichen hinzukommen, um ihre immer heterogener werdende Wählerklientel optimal anzusprechen. Im Folgenden wird das Ergebnis der Bundestagswahl vorgestellt und unter Bezug auf diese theoretischen Überlegungen analysiert.<sup>1</sup>

Die folgende Tabelle zeigt das Wahlergebnis und die daraus resultierende Sitzverteilung im Vergleich zur Bundestagswahl 2009. Die Wahl hatte eine Reihe von bemerkenswerten Ergebnissen. Die Wahlbeteiligung ist seit 1998 zum ersten Mal wieder gestiegen. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert konnten die beiden großen Parteien gleichzeitig Stimmengewinne verzeichnen, wenn auch in höchst unterschiedlichem Maße. Die Union konnte ihren Stimmenanteil um fast 8 Prozentpunkte steigern und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag. Auch die SPD schnitt diesmal etwas besser ab, wobei der Zuwachs deutlich stärker ausgefallen wäre, wenn sie nicht im Wahlkampf einige gravierende Fehler gemacht hätte. Das Ergebnis zeigt, dass der in Deutschland viel diskutierte Niedergang der Volksparteien kein zwangsläufiger, primär durch langfristige ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen bestimmter Prozess ist. Er kann durch die Parteien selbst aufgehalten bzw. umgekehrt werden, wenn sie durch ihr personelles und inhaltliches Angebot an die Wähler die das Wahlverhalten prägenden kurzfristigen Faktoren optimal im Parteeisinne beeinflussen.

Angesichts der Flexibilisierung des Wahlverhaltens der Deutschen kann jedoch auch das Umgekehrte geschehen, d.h.: eine Partei kann dramatisch an Wählerunterstützung verlieren. Dies musste die FDP erfahren, die die Geschichte der Bundesrepublik von Anfang an mitgeprägt hatte, bei dieser Wahl aber an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Da auch die Grünen und die Linkspartei schlechter abgeschnitten haben als 2009, mussten bei dieser Wahl erstmals alle

drei kleineren Parteien gleichzeitig Stimmenverluste hinnehmen. Hingegen hat mit der AfD erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik eine erst kurz vor der Wahl (am 6. Februar 2013) gegründete Partei so viele Stimmen bekommen, dass sie den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasste. Da diesmal zusätzlich zu den üblichen, nur geringe Stimmenanteile erreichenden Kleinstparteien zwei Parteien knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, blieben 6,9 Mio. Wählerstimmen ohne parlamentarische Repräsentanz: 15,7 Prozent der Wähler gaben ihre Zweitstimme einer der bei der Verteilung der Bundestagsmandate nicht berücksichtigten Parteien.

#### Wahlergebnis und Sitzverteilung

	ZwSt. %	Diff. 09	Sitze	Diff. 09
Wahlbeteiligung	71,5	+0,7	–	–
CDU/CSU	41,5	+7,7	311	+72
SPD	25,7	+2,7	193	+47
DIE LINKE	8,6	-3,3	64	-12
GRÜNE	8,4	-2,3	63	-5
FDP	4,8	-9,8	–	-93
AfD	4,7	+4,7	–	–
Sonstige	6,2	+0,2	–	–

Quelle: Der Bundeswahlleiter.

Wie sind diese Ergebnisse anhand der vorgestellten theoretischen Überlegungen zu erklären? Betrachtet man die beiden Volksparteien, dann ist zunächst anzumerken, dass die Union von der Größe der Stammwählerschaft her gegenüber der SPD einen deutlichen Mobilisierungsvorteil hatte: Kurz vor der Wahl identifizierten sich 19 Prozent der Wahlberechtigten sehr stark oder stark mit der CDU/CSU und nur 10 Prozent mit der SPD (FGW 2013: 18). Es bestand somit eine strukturelle Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien mit einer um 9 Prozentpunkte stärkeren, längerfristig gebundenen Stammwählerschaft der Union, die – wie schon 2009 – vor allem auf eine Strukturveränderung des Parteiensystems zurückzuführen ist: die Westabspaltung von der SPD in Form der WASG im Gefolge der durch das Stichwort ‚Agenda 2010‘ beschriebenen Positionsveränderung der SPD im Sozialstaatskonflikt und die 2007 erfolgte Vereinigung der WASG mit der bisherigen Regionalpartei PDS zur gesamtdeutschen SPD-Konkurrenzpartei DIE LINKE. Die elektorale Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD, d.h. die Prozentpunktedifferenz zwischen den Zweitstimmenanteilen, betrug jedoch 15,8 Prozent. D.h.: der Union ist es aufgrund der beiden kurzfristigen Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens – den Kandidaten- und Sachthemenorientierungen – gelungen, ihren längerfristigen Mobilisierungsvorteil gegenüber der SPD in einen noch weitaus stärkeren Vorsprung bei den Wählerinnen und Wählern zu verwandeln.

Die Bevölkerung hatte über alle Parteigrenzen hinweg eine klare Vorstellung davon, welcher der beiden Kurzfristfaktoren für den Wahlsieg der Union primär verantwortlich war: die Kandidatin. Gefragt, an was es liegt, wenn die Union bei der Wahl gut abschneidet, schrieben über zwei Drittel den Er-

folg Angela Merkel zu, nur ein Fünftel meinte, es liege vorwiegend an der Sachpolitik der Union (FGW 2013: 29). Zu erklären ist diese Einschätzung durch die außerordentlich guten Werte der Kanzlerin bei allen Indikatoren zur Kandidatenorientierung.

Betrachtet man zunächst die vier Imagedimensionen, nach denen die Bevölkerung das politische Führungspersonal beurteilt, so zeigten die Umfragen (ID div.), dass Angela Merkel fast überall von Anfang an einen Vorsprung vor ihrem Herausforderer Peer Steinbrück hatte, den sie im Laufe des Wahlkampfes noch deutlich ausbauen konnte. Schon im September 2012, kurz vor der Nominierung von Steinbrück zum SPD-Kanzlerkandidaten, lag sie in der Einschätzung der Führungsqualitäten weit vor ihrem Herausforderer. Zu diesem Zeitpunkt war ihr Vorsprung bei der Glaubwürdigkeit und der persönlichen Sympathie noch relativ gering. Er vergrößerte sich aber im Zuge der schon kurz nach der Steinbrück-Nominierung beginnenden öffentlichen Diskussion um seine üppigen Vortragshonorare, der das Kampagnenmanagement mangels vorbeugender strategischer Planung nichts entgegenzusetzen hatte, deutlich und blieb bis zum Wahltag auf hohem Niveau. Zudem wurde die öffentliche Kritik immer wieder durch die ‚Fettnäpfchen‘ befördert, in die Steinbrück mit einigen seiner Äußerungen in der Folgezeit trat (Stichworte: Pinot Grigio, Kanzlergehalt und Stinkefinger). Bei den Beurteilungen der Sachkompetenzen durch die Wähler konnte Peer Steinbrück von seinem ihm anfangs zugeschriebenen größeren wirtschaftspolitischen Sachverstand nicht lange profitieren. Im Eurokrisenmanagement vertrauten die Wähler Angela Merkel von Anfang an stärker und ihr Vorsprung vergrößerte sich bis zur Wahl noch deutlich. Auch wurde ihr ein klarerer politischer Kurs bescheinigt. Lediglich in der Frage, wer sich stärker für soziale Gerechtigkeit einsetzt, hatte Steinbrück kurz vor seiner Nominierung einen deutlichen Vorsprung, den er – wohl vor allem wegen der Diskrepanz zwischen seinen eigenen hohen Einkünften und dem programmatischen Eintreten für den ‚kleinen Mann‘ und soziale Gerechtigkeit – jedoch schnell verlor. Erst mit seiner guten Performanz in sozialen Fragen beim TV-Duell drei Wochen vor der Wahl konnte er den – für einen SPD-Spitzenkandidaten essentiellen – Vorsprung in diesem Bereich wieder ausbauen.

Der sich schon kurz nach der Nominierung Steinbrücks deutlich vergrößerte Vorsprung Angela Merkels in so gut wie allen Imagekomponenten schlug sich in einer dramatisch wachsenden Diskrepanz zwischen den generellen Bewertungen der beiden Personen nieder. Merkel hatte schon vor Steinbrücks Nominierung einen Vorsprung und dessen generelle Bewertung brach kurz danach dramatisch ein. Angela Merkel hingegen konnte ihre Werte noch steigern und führte die Gruppe der Spitzenpolitikerinnen und -politiker stets mit großem Abstand vor den anderen an. Erst Steinbrücks unerwartet gute Performanz beim TV-Duell führte zu einer besseren Beurteilung, die jedoch gleich wieder abzubröckeln begann. In der Woche vor der Wahl erhielt Merkel auf der üblichen Skala von -5 (halte überhaupt nichts von ihr) bis +5 (halte sehr viel von ihr) einen Wert von 2,1, wobei sie von der Anhängerschaft aller Parteien klar positiv bewertet wurde. Steinbrück hingegen

wurde mit 0,7 eingestuft (FGW 2013: 27). Mit der politischen Arbeit Angela Merkels zeigten sich 71 Prozent der Bevölkerung sehr zufrieden bzw. zufrieden, während nur 44 Prozent Peer Steinbrück eine gute Arbeit bescheinigten (ID 2013: 38).

Bei diesen deutlichen Unterschieden in der Beurteilung der beiden Personen wundert es nicht, dass die Kanzlerpräferenzen der Bevölkerung klar zugunsten Angela Merkels ausfielen: In der Woche vor der Bundestagswahl wünschten sich 60 Prozent der Wahlberechtigten Angela Merkel weiterhin als Kanzlerin, nur 31 Prozent sprachen sich für Peer Steinbrück aus. Die eigenen Anhänger hatte Merkel nahezu geschlossen hinter sich (97 Prozent), während unter den SPD-Anhängern 78 Prozent für Steinbrück und 18 Prozent für Merkel plädierten (FGW 2013: 25).

Die Mehrheit der Bevölkerung war kurz vor der Wahl der Ansicht, Peer Steinbrück habe der SPD im Wahlkampf mehr geschadet als genutzt (ID 2013: 34). Betrachtet man die Wählermeinungen über die Spitzenkandidaten der drei kleineren Parteien, so dürfte diese Einschätzung auch dort gegolten haben. Der einzig wirklich bekannte Kandidat des Spitzenteams der Linkspartei, Gregor Gysi, wurde kurz vor der Wahl mit 0,1 weder positiv noch negativ bewertet und mit seiner politischen Arbeit war knapp die Hälfte der Befragten zufrieden. Jürgen Trittin, der im Gegensatz zu seiner Mit-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckhardt von der Bevölkerung während des Wahlkampfes zu den wichtigsten Politikern gezählt wurde, wurde mit -0,1 noch etwas schlechter beurteilt als Gysi und nur 36 Prozent waren mit seiner Arbeit zufrieden. Seine Werte hatten sich kurz vor der Wahl noch etwas verschlechtert, was wohl auf seine Involvierung in die Debatte um den Umgang der Grünen mit Pädophilen und ihren Forderungen in den 1980er-Jahren zurückzuführen war. Die schlechteste Bewertung unter den Spitzenkandidaten der kleineren Parteien erhielt der FDP-Spitzenmann Rainer Brüderle. Er wurde mit -0,5 eindeutig negativ beurteilt, die Bevölkerung reihte ihn auch kurz vor der Wahl nicht unter die wichtigsten Politiker ein und mit seiner Arbeit waren nur 27 Prozent zufrieden. Mit den beiden Politikern, die in den Augen der Bevölkerung das Gesicht der FDP bildeten, konnte die Partei jedoch im Wahlkampf auch nicht punkten: Guido Westerwelle wurde mit -0,3 und Philipp Rösler mit -0,7 bewertet, mit der politischen Arbeit von Westerwelle waren immerhin 49 Prozent zufrieden, mit der von Rösler jedoch nur 23 Prozent (FGW 2013: 27, FGW div.; ID 2013: 38).

Im Bewusstsein der guten Beurteilungen Angela Merkels durch die Bevölkerung, die sich in dem Image der präsidentalen ‚Mutter der Nation‘ verdichteten, wurde der Wahlkampf der Unionsparteien stark personalisiert und auf sie zugeschnitten. Auch in der Beurteilung der Parteien hatte die Union jedoch einen klaren Vorsprung vor allen ihren Konkurrentinnen (FGW 2013: 19 ff.; FGW 2009: 33 ff.): Kurz vor der Wahl von 2009 lagen CDU/CSU und SPD in ihrer generellen Bewertung durch die Wahlberechtigten und in der Zufriedenheit mit ihrer politischen Arbeit in etwa gleich auf, 2013 hatte die Union mit der höchsten Reputation nach 1990 in beiden Bereichen einen kla-

ren Vorsprung. Die Linkspartei konnte 2013 ihr negatives Image nur geringfügig verbessern und ihre generelle Bewertung ist im Westen der Republik nach wie vor deutlich schlechter als im Osten. Die Werte der Grünen haben sich gegenüber 2009 leicht und die Werte der FDP drastisch verschlechtert. Während die Imageeinbußen der Grünen in den letzten Wochen vor der Wahl erfolgten, erlitt die FDP schon im ersten Dreivierteljahr ihrer Regierungszeit einen dramatischen Reputationsverlust. In der Beurteilung ihrer Regierungsarbeit erhielt sie Mitte 2010 den schlechtesten Wert, den eine Regierungspartei in den über 30 Jahren der Messung von Regierungszufriedenheit je erhalten hat. Auch die AfD wird von der Gesamtheit der Bevölkerung deutlich negativ bewertet. Zusammen mit der Tatsache, dass über die Hälfte der Wahlberechtigten sie kurz vor der Wahl nicht als ernstzunehmende Partei einstufen (ID 2013: 36), trug dies wesentlich zum Scheitern der Partei an der Fünf-Prozent-Hürde bei.

Die wesentlichen inhaltlichen Gründe für die unterschiedliche Performanz der Parteien in den Augen der Bevölkerung werden deutlich, wenn man die Zuweisung von Problemlösungskompetenzen betrachtet, die die Wahlberechtigten kurz vor der Wahl vornahmen.

Die Union richtete ihren Wahlkampf 2013 auf der Grundlage guter objektiver Wirtschaftsdaten und hoher subjektiver Zufriedenheit der Bevölkerung mit der eigenen ökonomischen Situation auf ihren Markenkern, die Wirtschaftskompetenz, aus. Ihre Botschaft lautete: Euch geht es gut, weil Angela Merkel Deutschland gut durch die Krise geführt hat, und damit dies so bleibt, müsst ihr die Union wählen. Gegenüber 2009 konnten so die Kompetenzzuweisungen beim Voranbringen der Wirtschaft, der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Haushalts- und Finanzpolitik und der Bewältigung der Eurokrise deutlich gesteigert werden. Selbst in der Steuerpolitik vertraute man ihr etwas mehr als der SPD.

Auch die SPD kündigte an, sie wolle sich dem Wähler wieder stärker als Partei der sozialen Gerechtigkeit präsentieren, also ihren traditionellen Markenkern im Wahlkampf in den Mittelpunkt stellen. In der Frühphase konzentrierte sie sich jedoch längere Zeit auf den NSA-Datenspähskanal, den sie dazu nutzen wollte, die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin zu untergraben. Da das Thema jedoch für die Bevölkerung nicht relevant war, liefen diese Bemühungen ins Leere. In der Schlussphase des Wahlkampfs versuchte die SPD, der ökonomischen Wohlfühlkampagne der Union den eigenen frame der ‚Ökonomie der Gerechtigkeit‘ entgegenzusetzen, der von der zunehmenden Spaltung Deutschlands in Arm und Reich und deren Überwindung durch steuerliche Umverteilung, Mindestlohn und Bankenregulierung handelte. Ihr gelang damit jedoch keine ausreichende Mobilisierung und Stärkung ihres Markenkerns: Weder im Kernbereich der sozialen Gerechtigkeit, noch beim Steuerthema oder der Lohnpolitik konnte sie ihre Kompetenzwerte in den Augen der Wählerschaft wesentlich steigern.

Die Linkspartei hatte nach einer desaströsen ersten Hälfte der Wahlperiode wieder Tritt gefasst, der neuen Führung gelang es, die Partei im Wahl-

kampf zumindest nach außen geschlossen zu präsentieren, und der auf die Stammwählerschaft konzentrierte Wahlkampf hielt die inhaltlichen Kompetenzeinbußen in Grenzen.

Die Grünen versuchten im Wahlkampf, ihren Markenkern, die Umweltpolitik, auszuweiten und sich den Wählern durch das größte Steuererhöhungs- und Umverteilungsprogramm ihrer Geschichte in Konkurrenz zur SPD und der Linkspartei als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu präsentieren. Von den Steuerplänen war jedoch zum einen ein nennenswerter Teil der eigenen Klientel betroffen und zum anderen führte diese Strategie nicht zu einer höheren Kompetenzzuweisung seitens der Bevölkerung im Bereich der Steuerpolitik bzw. allgemein der sozialen Gerechtigkeit. Zudem konnte die Konkretisierung des traditionellen Markenkerns anhand der Haltung zur Energiewende den Wählern mangels einer klaren Konzeption und eingängiger Botschaften nicht optimal vermittelt werden. Dies führte zu deutlichen Einbußen in den Kompetenzzuweisungen sowohl bei der Umweltpolitik im Allgemeinen als auch bei der Energiepolitik im Besonderen. Die unsinnigerweise losgetretene ‚Veggie-Day‘-Debatte, die den Grünen wieder das Image der Verbotspartei anheftete, und die Pädophilie-Diskussion, die das Bild der moralischen Überlegenheit verdüsterte, taten das ihrige dazu, die Wählerunterstützung der Partei in der Schlussphase des Wahlkampfes deutlich nach unten gehen zu lassen.

Die FDP hatte schon im Jahre 2010 ihren Markenkern im Bereich der Wirtschaft und der Steuerpolitik verloren und konnte die Wähler trotz eines auf die Stammklientel aus dem Mittelstand zugeschnittenen Wahlkampfes nicht mehr überzeugen. In der Schlussphase verlegte man sich dann zunächst auf die Warnung vor einem rot-rot-grünen Bündnis nach der Wahl und nach der verlorenen Landtagswahl in Bayern reduzierte man sich durch eine Zweitstimmenkampagne völlig auf die Rolle als Funktionspartei. Dennoch hätte es für ein Ergebnis von knapp über fünf Prozent gereicht, wenn nicht 430.000 FDP-Wähler von 2009 diesmal ihre Stimme der AfD gegeben hätten (ID 2013: 19).

Das Wahlprogramm und weitere inhaltliche Aussagen der AfD verdeutlichten vor der Wahl, dass sie im Sozialstaatskonflikt eine deutlich marktliberale bzw. marktradikale Position und im sozio-kulturellen Konflikt eine national-konservative Position mit Berührungspunkten zum Rechtspopulismus vertritt. Von den Wählerinnen und Wählern wurde sie im Wahlkampf mit der Konzentration auf die Kritik an der Eurorettungspolitik jedoch als single-issue-party wahrgenommen, und sie konnte daher eurokritische Wähler von allen Parteien abziehen.

Bezog sich die Argumentation bisher auf einzelne Parteien, so soll zum Schluss noch kurz auf die Koalitionsfrage und damit auf die Machtperspektiven der verschiedenen Parteien eingegangen werden. Die Union machte vor der Wahl deutlich, dass sie am liebsten die bestehende Koalition mit der FDP fortsetzen würde, schloss aber andere Optionen nicht grundsätzlich aus. Die FDP hingegen legte sich kurz vor der Wahl eindeutig auf die Koalition mit

der Union als einzige Möglichkeit fest. Die SPD und die Grünen kommunizierten ihren Wählern, dass es ihnen darum geht, die jetzige Regierung durch eine rot-grüne Koalition abzulösen. Ein Zusammengehen mit der Linkspartei wurde vor allem von der SPD kategorisch ausgeschlossen. Aufgrund der Schwäche der FDP in den Umfragen gab es für eine schwarz-gelbe Koalition seit Mitte 2010 keine realistische Machtperspektive mehr. In der Schlussphase des Wahlkampfes geriet die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition durch eine leichte Erholung der FDP und die guten Werte der Union jedoch wieder in den Bereich des möglichen. Anders verhielt es sich mit Rot-Grün: Über der Mehrheitsschwelle war Rot-Grün in den Umfragen von Mitte 2010 bis Anfang 2012. Während des gesamten Jahres 2012 und der ersten Hälfte von 2013 fiel es schon schwer, aus den Umfragen eine realistische Machtperspektive abzuleiten, und in den Wahlkampfmonaten gingen die Werte so stark zurück, dass eine Ablösung der Regierung durch eine rot-grüne Koalition sehr unwahrscheinlich wurde. Diese fehlende Machtperspektive hat die Mobilisierungsprobleme der SPD noch verschärft.

### 3. Regierungsbildung und Zukunftsaussichten

Die Union konnte zwar ein sehr gutes Wahlergebnis erzielen, verfehlte jedoch die absolute Mehrheit im Bundestag. Für eine Koalition aus SPD, Grünen und der Linkspartei gab es zwar rechnerisch eine parlamentarische Mehrheit, politisch war dies jedoch alleine schon aufgrund der vor der Wahl immer wieder betonten kategorischen Ablehnung eines solchen Bündnisses durch die SPD nicht möglich. Damit blieben, wenn man von einer in der Bevölkerung abgelehnten Minderheitsregierung absieht, zwei Möglichkeiten der Regierungsbildung: eine Koalition aus Union und Grünen und eine Große Koalition. Nachdem Sondierungsgespräche zwischen Union und Grünen nicht zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen geführt hatten, wurde zwischen Union und SPD über die Bildung einer Großen Koalition verhandelt. Nach dem erfolgreichen Verlauf dieser Verhandlungen wurde am 27. November der Koalitionsvertrag unterschrieben und am 14. Dezember stand fest, dass die SPD-Basis in einem Mitgliederentscheid den Vertrag mit großer Mehrheit angenommen hatte. Daher konnte drei Monate nach der Wahl, am 17. Dezember 2013, die neue Regierung durch die Wahl Angela Merkels zur Kanzlerin und die Vereidigung ihrer Minister gebildet werden.

An der SPD-Basis gab es sehr starke Vorbehalte gegen eine Neuauflage der Großen Koalition, die vor allem mit der traumatischen Erfahrung der schlimmsten Wahlniederlage der SPD-Nachkriegsgeschichte nach der letzten Großen Koalition begründet wurden. Die SPD-Spitze unter Führung von Siegmund Gabriel konnte die Partei daher auf dem Weg in die ungeliebte Regierungsbildung nur mitnehmen, indem sie (1) die Basis in alle Verhandlungsschritte einbezog und ihr in Form eines Mitgliederentscheids die letztendliche Entscheidung überließ, (2) die Wahlniederlage der SPD in eine Re-

gierungsbeteiligung auf Augenhöhe verwandelte, d.h. sowohl eine überproportionale Zahl von Ministern erreichte als auch dem Koalitionsvertrag eine sozialdemokratische Handschrift verpasste, und (3) der Partei durch den Beschluss des Bundesparteitags im November 2013, Koalitionen mit der Linkspartei auf Bundesebene nicht mehr auszuschließen, eine zukünftige alternative, nämlich rot-rot-grüne Machtperspektive eröffnete.

Die Realisierung dieser Perspektive verspricht jedoch ein langer und steiniger Weg zu werden. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass das rechnerische ‚Linke Lager‘ mit nur 42,7 Prozent der Stimmen noch keine gesellschaftliche Mehrheit hat. Zudem wäre der gemeinsame Stimmenanteil mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit deutlich geringer ausgefallen, wenn SPD und Grüne im Wahlkampf angekündigt hätten, notfalls mit der Linkspartei koalieren zu wollen. Auch nach der Wahl ist die Anhängerschaft beider Parteien in Bezug auf diese Frage gespalten. Das größte Problem dabei ist, dass ein Teil der Wähler, Mitglieder und Funktionäre von SPD und Grünen eine Zusammenarbeit auf Bundesebene aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt, weil man die Linke immer noch nicht als normale demokratische Partei ansieht: zum einen wegen der nicht adäquat aufgearbeiteten Vergangenheit der Partei und zum anderen wegen der Tatsache, dass es in einigen Landesverbänden Mitglieder gibt, die man auch bei weiter Auslegung des Demokratiebegriffs nicht als Demokraten bezeichnen kann. Da damit zu rechnen ist, dass auch einige Fraktionsmitglieder von SPD und Grünen so denken, wäre auch der Versuch einer rot-rot-grünen Regierungsübernahme durch ein konstruktives Misstrauensvotum während der Legislaturperiode mit deutlichen Unwägbarkeiten verbunden. Damit sich diese Einstellungen in Zukunft ändern, müsste die Linkspartei, die in der Frage einer möglichen Koalition mit der SPD tief gespalten ist, nicht nur eine bisher nicht gegebene Kompromissbereitschaft z.B. in außen- und verteidigungspolitischen Fragen zeigen, sondern sich auch deutlicher von ihrer Vergangenheit distanzieren und sich mit Mitgliedern, die undemokratische Ansichten vertreten, argumentativ stärker auseinandersetzen. Da neue Koalitionsoptionen auf Bundesebene bisher immer erst einmal auf der Landesebene erprobt wurden, wäre es auch sinnvoll, eine solche Koalition zunächst in einem westdeutschen Bundesland zu etablieren, um grundsätzliche Bedenken aufgrund realer Erfahrungen zu zerstreuen. Dies ist jedoch in Hessen gerade gescheitert. Ein weiteres Problem für eine zukünftige rot-rot-grüne Machtperspektive ist die Tatsache, dass die Grünen nach der Wahl eine strategische Neuausrichtung vorgenommen haben. Man will in Zukunft den eigenen Markenkern, die Umwelt- und Energiekompetenz, wieder stärker in den Vordergrund stellen und das Ausmaß der Durchsetzung eigener politischer Inhalte zum einzigen Maßstab für Koalitionsentscheidungen machen. Dies bedeutet, dass die Grünen in Zukunft nicht mehr der ‚natürliche‘ Koalitionspartner der SPD im Rahmen eines linken Lagers sein werden, sondern sich im Parteiensystem als grundsätzlich nach beiden Seiten offene ‚Scharnierpartei‘ definieren.

Die strategische Neuausrichtung der Grünen ist jedoch bisher nicht durch eine inhaltliche Neupositionierung untermauert worden. Die Realisierungs-

chancen einer Koalition mit der Union auf Bundesebene werden zudem stark durch die Erfahrungen in Hessen, der ersten schwarz-grünen Koalition in einem Flächenland, geprägt werden. Die Union jedenfalls ist wie die SPD durch die Umstrukturierung des Parteiensystems gezwungen, ihre Koalitionsoptionen in Richtung Grüne zu erweitern, da es sehr unsicher ist, ob ihrem bisherigen bevorzugten Partner, der FDP, der Wiedereinzug in den Bundestag gelingen wird. Neben der Frage, wer mittelfristig Angela Merkel als Zugpferd in Wahlkämpfen ersetzen könnte, droht ihr zudem eine weitere Gefahr: Durch ihren Modernisierungskurs hat Angela Merkel die Positionierung der CDU auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie in Richtung progressiv-libertärer Werte verschoben und dadurch den konservativen Teil ihrer Wählerschaft frustriert. Mangels parteipolitischer Alternative hat dieses Wählersegment bisher doch noch CDU gewählt bzw. ist zu Hause geblieben. Wenn sich die AfD jedoch in Zukunft als national-konservative Alternative zur Union mit klarer Abgrenzung zum rechten Rand positioniert, was angesichts der vorhandenen rechtspopulistischen Tendenzen allerdings fraglich ist, kann hier in Zukunft eine neue Konkurrenz zur Union entstehen und ihre Machtperspektive schmälern.

#### Anmerkung

- 1 Die im Folgenden verwendeten Daten stammen aus den Wahlreports zu den Bundestagswahlen 2013 und 2009 der Umfrageinstitute Forschungsgruppe Wahlen e.V. (FGW 2013 und 2009) und Infratest dimap (ID 2013 und 2009) sowie den – in der Regel monatlichen – Umfragen dieser Institute zwischen den Wahlen (FGW div. und ID div.).